

Wettbewerb um internationale Fachkräfte: Die Schweiz gerät ins Hintertreffen

12.03.2020

Auf einen Blick

Der Wettbewerb um internationale Spitzenfachkräfte intensiviert sich. Eine neue Studie von Deloitte und der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer stellt der Schweiz ein schlechtes Zeugnis punkto Rahmenbedingungen zur internationalen Mobilität aus: Im Vergleich mit Ländern wie Deutschland, Kanada, Irland und Grossbritannien rangiert die Schweiz an letzter Stelle. Die Politik muss Reformen zügig und konsequent angehen.

Die Schweiz ist auf internationale Spitzenfachkräfte angewiesen. Sie sind für den Innovationsstandort, die Wettbewerbsfähigkeit und somit auch für unseren Wohlstand enorm wichtig. Mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen kann die Schweiz bereits seit Jahren erfolgreich auf Fachkräfte aus der Europäischen Union zurückgreifen. Personen aus Drittstaaten machen nur einen kleinen Teil der internationalen Fachkräfte aus, dennoch sind sie als Ergänzung zur Zuwanderung aus der EU enorm wichtig für die Schweiz. Wie die kürzlich erschienene Studie von Deloitte und der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer aufzeigt, machen diese Personen zwar nur drei Prozent der Migration aus, sind aber dafür umso bedeutender für die Produktivität: Sie erwirtschafteten im Jahr 2017 durchschnittlich rund 240'000 Franken, der Schweizer Durchschnitt lag hingegen bei knapp 150'000 Franken. Vorteile bringen internationale Fachkräfte nicht nur bezüglich Wertschöpfung, sondern auch in Bezug auf Linderung des Fachkräftemangels, Wissensaustausch, Steuereinnahmen und Arbeitsplatzschaffung. Die ausländischen Fachkräfte aus Drittstaaten sind damit eine gezielte und wichtige Ergänzung für den Schweizer Arbeitsmarkt.

Die Schweiz tritt bei den Rahmenbedingungen an Ort und Stelle

Wie die Studie weiter aufzeigt, kann die Schweiz bei den Rahmenbedingungen zur internationalen Mobilität bei Personen aus Drittstaaten nicht mit konkurrierenden Volkswirtschaften mithalten. In einem Ranking von acht Ländern belegt die Schweiz im Vergleich mit Ländern wie Deutschland, Irland, Grossbritannien und Kanada den letzten Platz. Probleme erörtern die Studienverfasser neben Fortschritten in der Nutzung von digitalen Möglichkeiten beim Anmelde- und Bearbeitungsverfahren insbesondere auch bei der firmeninternen Mobilität, bei Verfahrenserleichterungen für Unternehmen, die in besonderem Masse von international mobilen Arbeitskräften abhängen und bei ausländischen Absolventen an einheimischen Universitäten. Die Vereinfachung des Arbeitsmarktzugangs von Absolventen aus Drittstaaten an Schweizer Hochschulen hat economiesuisse bereits vor einem Jahr im dossierpolitik «Ausländische Studierende: Teure Ausbildung, unausgeschöpftes Potenzial» gefordert.

Die Politik muss Reformen zügig und konsequent angehen

Wenn die Schweiz im internationalen Wettbewerb um Talente aus Drittstaaten nicht ins Hintertreffen geraten möchte, muss sie ihre Hausaufgaben machen. Erstens gilt es für den Zugang von ausländischen Absolventen aus Drittstaaten an Schweizer Hochschulen die vom Parlament angenommene Motion Dobler wirksam umzusetzen. Zweitens ist die Einführung eines Start-up-Visums in der Schweiz schon lange überfällig. Durch die fortschreitende Digitalisierung und dem Aufstieg von Techunternehmen wie Google und Facebook ist das Bewusstsein über die Bedeutung von Start-ups in den letzten Jahren stark gestiegen. Dies hat viele Länder dazu veranlasst, Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Start-ups zu ergreifen. Dabei wurde häufig das Instrument eines Start-up-Visums geschaffen, um talentierte Jungunternehmer für die Verwirklichung ihrer Geschäftsidee ins Land zu locken. Die Schweiz tritt auch hier an Ort und Stelle.

Und drittens sind Prozessoptimierungen, wie sie die Deloitte-Studie fordert, von zentraler Bedeutung. Einfache, unbürokratische und transparente Verfahren, die zudem möglichst kurz dauern, kosten einerseits Unternehmen weniger, andererseits können sie auch zum Wettbewerbsvorteil werden, wenn es darum geht, Toptalente in die Schweiz zu locken.



Rudolf Minsch

Leiter Wirtschaftspolitik & Aussenwirtschaft, Chefökonom, Stv. Vorsitzender der Geschäftsleitung